

Stellungnahme

Stellungnahme der feuerwehrGEMEINSCHAFT zur Antwort der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport auf die Nachfrage durch den Abgeordneten Robert Schaddach (SPD) vom 04.07.2022 - Drucksache 19/12532

Die feuerwehrGEMEINSCHAFT begrüßt den erkennbaren Willen des Abgeordneten zur Aufklärung der widersprüchlichen Antworten der Senatsverwaltung für Inneres auf seine erste Anfrage vom 10. März 2022. Folglich haben wir mit großen Erwartungen den Inhalt der zwischenzeitlich veröffentlichten Drucksache 19/12532 studiert.

In der ursprünglichen Anfrage (Drucksache 19/11386) wurde auf die zahlenmäßigen Veränderungen der Rettungsdienstesätze mit Herzbeschwerden und Schlaganfällen fokussiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018/19 ein massiver Anstieg von 31,2% für Herzbeschwerden bzw. 27,4% bei Schlaganfällen im Jahr 2021 zu verzeichnen war. Die damals von der Senatsverwaltung für Inneres angeführten Begründungen hinsichtlich des Bevölkerungswachstums, des demographischen Wandels und der genaueren Datenerfassung waren wenig überzeugend.

Es ist umso erfreulicher, dass in der jetzigen Nachfrage auf diese Ursacheninterpretation dezidiert eingegangen wurde. Die Art und Qualität der Antworten lassen uns dennoch fassungslos zurück. Unreflektiert führt die Senatsverwaltung erneut die Qualitätssicherungsmaßnahmen und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als Gründe an. In den Pandemie Jahren 2020 und 2021 werden die gestiegenen Rettungsdienstzahlen z.B. mit:

- einer gestiegenen Zahl der Berufspendler
- mit einer erhöhten Anzahl an Gästen sowie deren Verweildauer (Übernachtungen in Berlin)
- einem Zuzug nach Berlin
- zunehmenden Anzahl von Großveranstaltungen
- einer durch Influenza bedingten erhöhten Inanspruchnahme des Rettungsdienstes
- abnehmender Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
- Qualitätsverlusten infolge des Fachkräftemangels

begründet.

Diese Begründungen sind grotesk. Mitten in einer Pandemie mit geschichtlich beispiellosen Maßnahmen, die zu einem Stillstand ganzer Lebensbereiche geführt haben, werden die Anstiege der Einsatzzahlen derart begründet?! In einer Zeit von Homeoffice, Aufenthaltsverboten, Kontaktminimierung, Restaurantschließungen, Hotelschließungen, Absage von Freizeitveranstaltungen aller Art, Schulschließungen etc. mutet dieses Antwortverhalten kafkaesk an.

Wir werten die Art der Beantwortung als ebenso hilflos wie erneut untauglichen Versuch den Elefanten im Raum - also die sogenannte Coronaschutzimpfung - nicht benennen zu müssen. Nur unter einer konstanten Beibehaltung des Narrativs von nebenwirkungsfreien Impfungen kann eine unterbliebene wissenschaftliche Aufarbeitung begründet werden. Irritiert nehmen wir ferner zur Kenntnis, dass es der Glaube der Senatsverwaltung geworden ist, eine retrospektive Auswertung sei nicht geeignet, um einen Einfluss von „...nichtpharmakologischen Maßnahmen bzw. unerwünschten Arzneimittelwirkungen von Impfstoffen oder COVID-19-Infektionen zu belegen bzw. sicher auszuschließen.“ Es wurden trotz massiver Auffälligkeiten keine internen wie externen Konsultationen durchgeführt. Es wurde nicht einmal das RKI oder das PEI auch nur darüber informiert.

Erkenntnisreich ist allerdings die Antwort hinsichtlich der Einsatzzahlen im Zusammenhang mit Reanimationen. Diesbezüglich haben die Kollegen subjektiv bereits Steigerungsraten im Jahr 2021 wahrgenommen. Als Ergebnis konnte nun festgestellt werden, dass die Gesamtzahlen der Reanimationseinsätze 2018 und 2019 zahlenmäßig relativ konstant geblieben sind. Im Jahr 2020 ließ sich ein erster Anstieg gegenüber dem Durchschnitt 2018/19 von 38,9% beobachten. Im Jahr 2021 ist ein zweiter noch höherer Anstieg zu verzeichnen. Gegenüber dem Durchschnitt von 2018/19 liegt dieser Anstieg für Reanimationen dann sogar bei **60,7%**. Dies deckt sich in der Entwicklungstendenz mit den Einsätzen hinsichtlich Herzbeschwerden und Schlaganfällen.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Berliner Feuerwehr im Gegensatz zur ursprünglichen Anfrage diesmal der Senatsverwaltung offenbar keine Alterskohorten zur Verfügung stellen wollte. Die Ausführungen diesbezüglich sind fadenscheinig und nicht tragfähig. Man kann nur vermuten, was die tatsächlichen Beweggründe hierfür gewesen sind. Angesichts des großen Aufwandes, welcher betrieben wurde, um die erheblichen Steigerungsraten für Reanimationen mit Veränderungen im Abfrageprotokoll herunterzuspielen, scheidet das Motivationshemmnis „hoher Arbeitsaufwand“ aus unserer Sicht klar aus. Gemäß den Ausführungen der Berliner Feuerwehrkollegen des rückwärtigen Rettungsdienstes ist ein Anstieg im Hinblick auf das Abfrageprotokoll tatsächlich in Ansätzen nachvollziehbar und hat wie in der Antwort beschrieben stattgefunden. Dennoch macht dies nicht den gesamten Einsatzzahlenanstieg aus, sondern hat sich nur zusätzlich ausgewirkt. Die bereinigte Höhe ist unglücklicherweise somit durch uns nicht seriös abzuschätzen.

Als Fazit lässt sich ziehen, dass nunmehr ein fehlender Wille zur Aufklärung seitens der Senatsverwaltung und der Berliner Feuerwehr deutlich unterstrichen worden ist. Das teils groteske Antwortverhalten trägt nicht dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung in das verantwortungsvolle Handeln aller beteiligten Institutionen zu stärken und stellt im gewissen Maße auch eine Missachtung des anfragenden Abgeordneten dar. Der offenkundige Unwillen in dieser Angelegenheit tätig zu werden, zwingt somit insbesondere jeden von der Impfnachweispflicht betroffenen Kollegen seine eigenen Schlüsse hinsichtlich einer Behandlung mit sogenannten Coronavakzinen zu ziehen. Ein derartiges „Weiter so!“ in Anbetracht der vorliegenden Ergebnisse auf dem Rücken der Gesundheit der Kollegen im Hinblick auf die Nachweispflicht ist nicht nachzuvollziehen und bewegt sich im Bereich „grob fahrlässig“.

[Downloadquelle \(Stand 26.08.22\):](#)

Drucksache 19/12532 mit Antwort vom 29.07.2022

<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-12532.pdf>